

# Auswirkungen auf Sozialschutzsysteme und Pflege: Neue Herausforderungen in Europa und Gewerkschaftsposition für Qualitätspflege und universelle Sozialschutzsysteme

Seit 2009 befindet sich Europa in einer schweren Wirtschaftskrise. Die EU und die einzelstaatlichen Regierungen (EU-Mitgliedstaaten wie auch gleichermassen EU-Nichtmitgliedstaaten) sowie auch die regionalen und lokalen Behörden haben umfassende Sparmaßnahmen ergriffen, mit der Begründung, dass sie im Sinne „einer effizienteren Ausgabe der öffentlichen Gelder“ unverzichtbar seien. In Wirklichkeit verschleiern diese Maßnahmen aber oft schlichtweg die Kürzung von Finanzierung und haben schwerwiegende Konsequenzen für die Sozialschutzsysteme und den Zugang der Bürger zu Gesundheits- und Sozialdiensten, insbesondere im Sektor Langzeitpflege für ältere Menschen und Kinderbetreuung.

Diese Sparmaßnahmen reflektieren auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene zahlreiche Politiken, die eindeutig auf einem neoliberalen Programm basieren, bei dem sich alles um eine Logik der „Rentabilität um jeden Preis“ und die Kommerzialisierung der öffentlichen Gesundheitsdienste und des Sozialschutzes dreht.

Die beschleunigte Privatisierung der Pflegeinfrastrukturen (Krankenhäuser, Pflege in den Heimen für ältere Menschen und Kinderbetreuung) in allen europäischen Ländern ist einer der offenkundigsten Aspekte dieser Politik. Diese Tendenz führt zu einem zweigeteilten Sozialschutz- und Gesundheitssystem: angeführt wird die Skala von teuren privaten Sozial- und Krankenversicherungsleistungen für jene, die es sich leisten können, einen „hohen Preis“ für die hochwertigen Dienste, die sie benötigen, zu zahlen, und am unteren Ende der Skala steht die große Mehrheit jener, die sich meist mit minderwertigeren

Leistungen und Mindestsozialschutzleistungen zufriedengeben müssen, die immer weniger ihren Bedürfnissen entsprechen.

Im Namen der „Rentabilität“ und der Sparpolitik verdammen die Sozialschutzsysteme einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung unweigerlich zu Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung.

In ganz Europa bereiten diese Tendenzen den Gewerkschaften, die in den Bereichen Sozialschutz und Pflege tätig sind, große Sorgen und sie verurteilen allesamt diese verheerenden Sparmaßnahmen und gefährlichen europäischen Regeln, die angenommen wurden, ohne die irreparablen Schäden zu bedenken, die sie den Sozialschutz- und Gesundheitssystemen zufügen, und trotz der verheerenden Folgen, die sie für die Bürger und die Arbeitnehmer nach sich ziehen.

Die Gewerkschaften sprechen sich für ein wirklich demokratisches Europa aus, das dauerhafte Sozialschutzsysteme und den universellen Zugang zu Sozialschutz und Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau für alle Bürger befürwortet. Dieses Europa ist ganz eindeutig nicht das Europa von Maastricht.

# Verheerende Sparmaßnahmen und schädliche europäische Bestimmungen

## AUSWIRKUNGEN LÄNDERFALLSTUDIEN

### BELGIEN

Das Ergreifen von Sparmaßnahmen führte zu einer radikalen Kürzung der Arbeitslosenleistungen und einer Kürzung der Finanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems in Belgien.

Die Lohnverhandlungen im Sozialdienstsektor sind in allen Regionen des Landes zum Stillstand gekommen. Die Gewerkschaften verfügen für die kommenden vier Jahre über keinerlei Verhandlungsspielraum bei den Löhnen und es wird befürchtet, dass die makroökonomische Politik der EU nur noch zusätzlich Druck im Hinblick auf eine Infragestellung des Systems der automatischen Indexierung der Löhne ausübt. In Flandern wurde das Budget des sozialen/kulturellen Sektors stark nach unten korrigiert und der Etat für den Sektor Sozialhilfe wurde eingefroren. In Wallonien wurden die Etats bereits stark reduziert, einschließlich der Etats für die Betreuung und Pflege von Menschen mit Behinderung. Die Pflege- und Betreuungseinrichtungen sind gezwungen, dieselbe Arbeit zu verrichten, aber mit weniger Geld. Daraus resultieren eine Verringerung der Qualität der Dienstleistungen und ein erhöhtes Arbeitspensum für die Beschäftigten dieses Sektors.

Belgien plant unter anderem eine Staatsreform, die insbesondere zu einer Verlagerung der Zuständigkeit im Bereich Sozialschutz und Sozialleistungen auf die regionale Ebene nach sich ziehen wird. Die Verlagerung wird von einer

Mehrere der von der EU, aber auch von unabhängigen Nationalstaaten, auferlegten Bestimmungen stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Erbringung von Gesundheitsleistungen und für die Sozialschutzsysteme dar.

- **Ein zerstörerischer europäischer Fiskalpakt und Sparprogramme.** Ganz oben auf der Liste der verheerenden Regelungen steht der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag). Dieser Vertrag erlegt den Ländern der Europäischen Union eine Reihe umfassender Sparmaßnahmen auf, um ausgeglichene „Regierungshaushalte“ zu erzielen, ohne aber deren verheerende gesellschaftliche Konsequenzen zu berücksichtigen. In mehreren Ländern dienten die Maßnahmen, die zu einer Angleichung im Sinne des Stabilitätspakts ergriffen wurden, als Vorwand dafür, die universellen Sozialschutzsysteme beträchtlich zu schwächen und ein zweigeteiltes Sozialversicherungssystem einzuführen. In Frankreich beispielsweise entschied die Regierung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, den Unternehmern im Rahmen des sogenannten „Verantwortungspakts“ ein Geschenk von über 30 Milliarden zu machen, indem sie von den Beträgen zur Finanzierung der Familienbeihilfen befreit wurden: Es sind die Bürger, die unter diesem Mangel zugunsten der Familienkassen werden leiden müssen. Zudem besteht die große Gefahr, dass das Leistungsniveau sehr stark absinken wird. Auch in vielen nicht-EU Ländern wird gespart. So wird beispielsweise auch in der Schweiz auf dem Buckel des Pflegepersonals und der Pflegebedürftigen ein neoliberaler Sparkurs verfolgt, unabhängig von EU Vorgaben.
- **Für Versicherungen ungeeignete europäische Bestimmungen.** Die europäischen Rechtsvorschriften für Versicherungen (Solvenz) wirken sich sehr negativ auf gemeinnützige Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, die Sozialschutz bieten, aus, da sie privaten Versicherungsgesellschaften gleichgestellt werden. Die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, die Sozialschutz bieten, waren gezwungen, eine groß angelegte Kapitalisierung durchzuführen und beträchtliche finanzielle Rücklagen zu bilden. In Frankreich wurden zahlreiche Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit gezwungen, zu fusionieren oder die Beiträge zu erhöhen oder mussten sogar schließen. Krankenzusatzversicherungen werden nun immer teurer und viele Menschen haben für einen Großteil ihrer Gesundheitsausgaben keine Versicherung mehr.
- **Eine abträgliche europäische Gesetzgebung im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.** Es herrscht große Unsicherheit im Hinblick auf die neuen europäischen Bestimmungen für die öffentliche Auftragsvergabe, die 2014 angenommen wurden. Die neuen Rechtsvorschriften gelten zwar nur für Dienstleistungsverträge ab einem Wert von 750.000 €, aber der Preis wird der entscheidende Faktor für die Erteilung des Zuschlags für öffentliche Aufträge für die Erbringung von Pflegeleistungen sein, was verheerende Auswirkungen auf zahlreiche gemeinnützige Dienstleister haben wird, die oftmals Dienste anbieten, die je nach Wert, Methoden und Tabellen variieren, im Gegensatz zu

den gewinnorientierten, oft internationalen Dienstleistern, die nach und nach in den Pflegemarkt investieren. Die Richtlinie wird sich wahrscheinlich negativ auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen des Personals auswirken, da die Anbieter um jeden Preis versuchen werden, die Kosten zu drücken, um den Zuschlag zu erhalten.

• **Eine Bedrohung für die Erbringung grenzüberschreitender Gesundheitsdienste.** In zahlreichen europäischen Ländern stellen die Bestimmungen für die grenzüberschreitende Erbringung von Gesundheitsleistungen eine Bedrohung für die Gesundheit und die Erbringung von Sozialdiensten dar und führen schließlich zu einem Preisdumping und unmittelbarer Konkurrenz zwischen den Krankenhäusern in den Grenzgebieten. Infolge einer Anpassung nach unten sind die Dienstleistungsanbieter aufgefordert, die Kosten, einschließlich der Löhne des Personals, zu verringern, um das „günstigste Angebot“ der Region machen und auf diese Weise Kunden gewinnen zu können.

• **Eine ungerechte europäische Regelung, die dazu führt, dass Arbeitnehmer dem Sektor den Rücken kehren.** Der Ministerrat übt permanent Druck auf das Europäische Parlament aus, damit dieses der Änderung der Arbeitnehmerentsenderichtlinie zustimmt. Diese Tendenz ist besorgniserregend, da sie die Rechte entsandter Arbeitnehmer untergräbt und gleichzeitig die Rechte der Arbeitnehmer im Gastland einschränkt. In den Ländern, in denen ausländische Anbieter soziale Dienste und Gesundheitsleistungen anbieten, stellt die Änderung der Richtlinie eine echte Bedrohung für die Kollektivverträge und die ausgehandelten Löhne im Sektor Gesundheit und Pflege dar.

• **Die TTIP stellt eine Bedrohung für die Fundamente unserer Sozialschutzsysteme dar** Die im Hinblick auf die TTIP eingeleiteten Gespräche legen dem Keim für Fehlentwicklungen und gefährliche Situationen:

- Verhandlungen, die auf der Grundlage eines geheimen Mandats unter Ausschluss demokratischer Kontrollinstanzen geführt werden;
- Ein Verhandlungsbereich, der die eigentlichen Grundfesten unseres Sozialschutzmodells berührt, insbesondere
  - die Sozial- und Umweltnormen;
  - die Liberalisierung der öffentlichen Dienste und der Investitionen im sozialen Bereich, die die Besonderheiten der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Frage stellen;
  - die Bevormundung der demokratischen Instanzen durch Streitbeilegungsstellen, was multinationalen Unternehmen enorme Möglichkeiten für die Geltendmachung ihrer Interessen gegenüber dem Interesse des Gemeinwohls eröffnet.
- Das Fehlen von Parametern; Argumente zur Verteidigung der TTIP, den parteiische Quellen zugrunde liegen, was in der europäischen Öffentlichkeit zur Verbreitung von Fehlinformationen führt

Beschleunigung der Privatisierung und der Kommerzialisierung von Einrichtungen im Pflegesektor begleitet werden. Die Gewerkschaften fürchten, dass dies verstärkt zu sozialer Ungleichheit in allen Regionen Belgiens führen wird.

#### ÖSTERREICH

Die Beamtengehälter der öffentlichen Sozialdienste sind blockiert. Die sozialen Dienste sind starkem politischen Druck hinsichtlich einer Verringerung des Zugangs zu den Leistungen ausgesetzt.

#### SCHWEIZ

Die Schweiz, die allerdings nicht Teil der EU ist, ist ebenfalls dabei, Sparmaßnahmen auf allen Ebenen durchzuführen. Die Empfänger von Pflegeleistungen in der Schweiz müssen einen immer größer werdenden Teil der Kosten selbst übernehmen. Insbesondere Frauen sind gezwungen, immer mehr unbezahlte Arbeit auszuführen, um sich um ihre Angehörigen zu kümmern. Bei den Angestellten in der stationäre und ambulanten Langzeitpflege und –betreuung wird immer mehr gespart. Personalmangel, Stress und schlechte Arbeitsbedingungen gehören zum Alltag, während immer mehr Pflegeinstitutionen privatisiert werden und hohe Gewinne erzielen. Gleichzeitig gibt es immer mehr Arbeitnehmer, die ambulante Pflegeleistungen erbringen und entlohnt, aber nicht angemeldet werden

Die Kürzung der Löhne, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der hohe Druck, der auf die Arbeitnehmenden des Gesundheit- und Sektors ausgeübt wird, hat beträchtliche Auswirkungen auf die Qualität der Pflege, insbesondere die Betreuung und Pflege älterer Menschen.

#### ITALIEN

Der Staat hat die Finanzierung der Regionen, des Gesundheitssystems und der sozialen Dienste erheblich gekürzt, was zu einem Rückbau der für die Öffentlichkeit verfügbaren Gesundheitsstrukturen, einer Verringerung der Betreuungs- und Pflegestrukturen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung und verstärkten Rückgriff auf häusliche Pflegekräfte, die oftmals „beschäftigt“ sind, ohne jedoch über einen ordnungsgemäßen Arbeitsvertrag

# Verheerende Folgen für Bürger und Arbeitnehmer

zu verfügen, geführt. Die Gesamtzahl der häuslichen Angestellten in Italien wird auf über eine Million geschätzt. Allerdings verfügen weniger als 300.000 von ihnen über einen Arbeitsvertrag. Die nicht deklarierte Beschäftigung unqualifizierter Personen hat in Italien folglich zugenommen und die im Bereich Pflege und soziale Dienste spezialisierten Fachkräfte werden in die Arbeitslosigkeit abgedrängt.

Parallel dazu haben sich private Gesundheitsdienste beträchtlich entwickelt, bleiben aber für große Teile der Bevölkerung im Allgemeinen unzugänglich und unerschwinglich.

## LUXEMBURG

Der Staat Luxemburg hat bisher immer die Betriebskosten der öffentlichen Einrichtungen und der gemeinnützigen Pflegeeinrichtungen übernommen. Seit 2011 wurde die Finanzierung um 10 bis 20% reduziert und wird nach genau festgelegten Sätzen gewährt, die die Betriebskosten decken sollen. In einem Sektor, in dem die Löhne und Gehälter 70 bis 80% der Betriebskosten einer Einrichtung ausmachen, tendieren die Arbeitgeber dazu, die Personalkosten zu reduzieren, um die Kürzung der Mittel, die sie vom Staat erhalten, auszugleichen. Die Arbeitgeber sind gezwungen, entweder weniger Arbeitnehmer einzustellen, Arbeitnehmer ohne langjährige Berufserfahrung und ohne die erforderlichen Qualifikationen anzuwerben oder zu versuchen, im Rahmen der Tarifverträge niedrigere Löhne auszuhandeln. In Luxemburg stehen die Beschäftigten des Pflegesektors folglich unter hohem Lohndruck und haben seit über 5 Jahren keine Lohnerhöhung mehr erhalten. Die Qualität der Arbeitsbedingungen hat sich beträchtlich verschlechtert und aus wirtschaftlichen Gründen herrscht konstanter und zunehmender Personalmangel. Arbeitnehmer, die freiwillig

Zu den verheerenden Folgen, die die Sparmaßnahmen und die Kommerzialisierungspolitik bereits jetzt schon für die **Empfänger von Sozialschutzprogrammen und Gesundheitsleistungen haben**, gehören:

- **Verringerte Sozialschutz- und Gesundheitsleistungen.** In ganz Europa sind einzelne Bürger Opfer einer Einschränkung des Zugangs zu Arbeitslosen- und Rentenleistungen. Sie sind zudem mit einer beträchtlichen Kürzung der Anspruchszeiträume für die Leistungen und die Versicherungsdeckung konfrontiert. Der Zugang wird immer schwieriger und manchmal haben Einzelne keinen Zugang zu Pflege oder finanzieller Unterstützung, die sie zum Überleben benötigen. Die Kürzung der öffentlichen Finanzierung von Pflegediensten für ältere Menschen bringt zahlreiche Menschen um die tägliche Pflege, die sie benötigen, um weiterhin ein Leben in Würde führen zu können.
- **Verteuerung von Sozialschutz und Gesundheitsleistungen.** Immer mehr Leistungsempfänger von Kranken- und Sozialversicherungen sind gezwungen, einen laufend steigenden Anteil der Kosten für ihre Gesundheitsversorgung zu entrichten. Infolgedessen können sich bestimmte Leistungsempfänger in zahlreichen Ländern den Zugang zu den Gesundheitsleistungen, die sie benötigen, nicht mehr leisten, was eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt.
- **Hinterfragen der Qualität der Pflege und der Sicherheit der Patienten.** Die öffentlichen Krankenhäuser sind Opfer umfangreicher Etatkürzungen, was sie dazu zwingt, Tausende von Betten zu eliminieren und Personal abzubauen, was die Qualität der Pflege und die Sicherheit der Patienten gefährdet.

Die Politik auf regionaler, lokaler, einzelstaatlicher und europäischer Ebene zwingt den Sozialschutz- und Gesundheitssystemen eine „Marktlogik“ auf und verdammt sie dazu, um jeden Preis „rentabel“ zu werden. Diese Politik hat **katastrophale Auswirkungen auf die Arbeitnehmer in den Sektoren Sozialschutz und Gesundheitsdienste**. Zu den verheerendsten Auswirkungen gehören:

- **Lohnkürzung und Lohnstopp.** Keinerlei Lohnerhöhung über Jahre, darunter in einigen Ländern auch die Streichung des Inflationsausgleichs. Die Lohnverhandlungen sind nun in eine Phase der de facto-Stagnation eingetreten.
- **Zunehmende Prekarität der Beschäftigung.** In einigen Ländern (Frankreich, Italien) ist die Arbeitslosigkeit sprunghaft angestiegen, während in anderen nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen werden, obwohl immer mehr Menschen Pflege benötigen. Parallel dazu sind die Beschäftigten im Gesundheitssektor mit immer prekäreren Beschäftigungsbedingungen konfrontiert, unter anderem mit „Null-Stunden“-Verträgen und Teilzeit. Die Zahl der zu Unrecht als unabhängig bezeichneten Arbeitnehmer ist sprunghaft angestiegen und



dient oft dazu, die beschäftigungsrelevanten Normen zu verletzen. Ältere Arbeitnehmer befinden sich in einer besonders schwierigen Lage, da die Arbeitslosigkeit und die atypischen Verträge ihre Rentenansprüche ernsthaft gefährden.

- **Mehr nicht qualifizierte Arbeitnehmer.** Einige Dienstleistungsanbieter greifen immer öfter auf nicht qualifiziertes Personal zurück, um zu sparen. Das löst große Besorgnis hinsichtlich der Qualität der Arbeit und des Mangels an Anerkennung beruflicher Qualifikationen der ausgebildeten Arbeitnehmer des Sektors Sozialversicherung und Gesundheit aus. Viele Gewerkschaften prangern einen Mangel an Investition in die Berufsbildung und Lehre über das gesamte Leben der Arbeitnehmer des Sektors Sozialversicherung und Gesundheit an.
- **Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.** Die Beschäftigten des Sektors Sozialversicherung und Gesundheit sind mit einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen konfrontiert, was zu mehr Arbeitsbelastung und Stress führt. Die Löhne sinken, es gibt weniger Personal und Ressourcen, aber die Arbeitnehmer sind gezwungen, immer noch mehr zu leisten. Sie sind ständigem Druck seitens der Arbeitgeber ausgesetzt, um vielfältige Aufgaben wahrzunehmen, ihre Effizienz zu steigern und das Produktivitätsniveau anzuheben. In zahlreichen Ländern sind die Arbeitnehmer oft gezwungen, im Namen einer Effizienzsteigerung den Arbeitsplatz oder Ort zu wechseln. Die Karrierepläne können blockiert werden, insbesondere wenn die Arbeitnehmer nicht mit den neuen Werten oder ihrer Hierarchie einverstanden sind.
- **Verweigerung von Kollektivverhandlungen und Gewerkschaftsrechten.** Die Kollektivverträge wurden außer Kraft gesetzt und die Gewerkschaftsrechte und das Recht auf Kollektivverhandlungen werden nicht berücksichtigt. Zahlreiche gemeinnützige private Altersheime weigern sich, sich am sozialen Dialog zu beteiligen.

Die in allen Ländern beobachteten Tendenzen zeigen ganz deutlich eine **Enthumanisierung des Pflegesektors und der Sozialversicherung**, was die Qualität der Pflege und der Sozialversicherung sowie auch das Grundrecht der europäischen Bürger auf hochwertige Pflege und Sozialschutz beeinträchtigt.

- Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden aufgrund des stärkeren Wettbewerbs im Bereich der Produktionsbedingungen mit Ländern, die die IAO-Übereinkommen nicht ratifiziert haben, verschlechtert;
- Eine Privatisierung und Kommerzialisierung von Sozialschutzsystemen (Finanzierung durch private Versicherer, gewinnorientierte Unternehmen) bringt große Probleme in Bezug auf den Zugang zu Gesundheitsleistungen und Sozialdiensten und fördert die Fragmentierung der Gesellschaft;
- Nationale und europäische Regelungen werden geschwächt und damit die Profitgier der multinationalen Unternehmen gefördert.

ausscheiden, werden in der Regel nicht ersetzt. Aus all diesen Gründen ist eine beträchtliche Zunahme der Überstunden festzustellen, es wird zu viel Flexibilität seitens der Beschäftigten erwartet und schließlich wird die Zeit, die die Beschäftigten der Gesundheitsversorgung ihrer Patienten und Leistungsempfänger widmen, auf ein Minimum reduziert.

#### FRANKREICH

In Frankreich übt die von der EU auferlegte Sparpolitik enormen Druck auf die Sozialschutzsysteme, auf die Beschäftigung, die Krankenversicherung und die Renten, die über die Rentenbeiträge der Arbeitnehmer finanziert werden, aus. Die kürzlich von der Regierung getroffene Entscheidung, die Arbeitgeber von sämtlichen Beiträgen zur Finanzierung der Familienbeihilfen zu befreien, stellt einen enormen Verlust für die Finanzierung der sozialen Sicherheit dar. Der Familienanteil wird nun vollständig von den Arbeitnehmern finanziert werden müssen. Andernfalls würde der Großteil der Ansprüche und Leistungen, die derzeit über Familienbeihilfen gewährt werden, gestrichen werden.

Die sozialen Leistungen und Rückerstattungssätze für Pflegeaufwendungen und Medikamente wurden stark nach unten korrigiert, wohingegen der von den Einzelnen übernommene Selbstbehalt beträchtlich gestiegen ist. Hunderte von Medikamenten werden nun nicht einmal mehr teilweise rückerstattet. Aus einer kürzlich durchgeführten Umfrage geht hervor, dass 45% der Franzosen den Kauf einer Brille oder eine zahnärztliche Behandlung zurückgestellt oder ganz darauf verzichtet haben, 32% haben darauf verzichtet, einen Spezialisten zu konsultieren, 24% waren gezwungen, auf erforderliche Medikamente zu verzichten und 16% haben darauf verzichtet, einen Allgemeinmediziner aufzusuchen. Aufgrund des Personalmangels in den Sozialversicherungsanstalten sind die Versicherten bei der Geltendmachung von Leistungen von langen Verzögerungen betroffen und einige finden sich sogar in dramatischen Situationen wieder, besonders wenn es um die Auszahlung von Krankentagegeld geht.

# Die Gewerkschaften aus ganz Europa fordern und kämpfen für:

Die europäische Regelung für die Versicherungen hatte in Frankreich beträchtliche Auswirkungen auf die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, die die Säulen der Zusatzkrankenversicherung sind. Die EU-Richtlinien zu den Sorgfaltsregeln für Versicherungsgesellschaften (Solvenz) haben neue Regeln im Bereich der Finanzierung und Besteuerung auferlegt und die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit in private Versicherungsgesellschaften umgewandelt, ohne die Besonderheit ihres Auftrags zu berücksichtigen. Zahlreiche Gesellschaften auf Gegenseitigkeit mussten aufgelöst oder umstrukturiert werden und die Beiträge für die Versicherten erhöhen, um den neuen rechtlichen Kriterien für die Bildung finanzieller Rücklagen zu entsprechen. Übrigens führte die Kürzung der Rückerstattungen für Pflegeleistungen und Medikamente, die vom gesetzlichen Sozialversicherungssystem ausgezahlt wurden, zu einem Anstieg der Kosten für die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit sowie zu einer Beitragserhöhung für die Versicherten. Viele Bürger können indes die erhöhten Beiträge ihrer Krankenzusatzversicherung nicht aufbringen und haben deshalb keine Versicherung mehr, die ihre großen Gesundheitsausgaben deckt.

Die Sparpolitik hatte auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Beschäftigten der Sozialversicherungsanstalten, die seit 4 Jahren keinerlei Lohnerhöhung mehr bekommen haben. Die Kaufkraft dieser Beschäftigten ist beträchtlich gesunken. Seit 2004 wurden 15.000 Stellen gestrichen, was eine nie zuvor da gewesene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Beziehung zu den Versicherten nach sich gezogen hat. Die Arbeitnehmer müssen ein immer höheres Arbeitspensum bewältigen und sind zu Mobilität und Stellenwechsel gezwungen. Karrierepläne sind blockiert und die Geschäftsleitung übt permanent Druck im Hinblick auf

- ein Ende der aus den verschiedenen europäischen Verträgen resultierenden Sparmaßnahmen, die die Gesundheits- und Sozialhilfesysteme betreffen, insbesondere den europäischen Fiskalpakt in Form des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung (SKS), die die Sozialschutzprogramme und -systeme gefährden und den universellen Zugang zu Sozialschutz und erschwinglicher hochwertiger Pflege behindern.
- die Aufhebung abträglicher europäischer Richtlinien und Regelungen,
  - die einen Angriff auf Sozialschutzsysteme, gemeinnützige Pflegesysteme und auf kollektiver Solidarität beruhender Systeme darstellen,
  - die die Freiheiten und das Recht auf Tarifverhandlungen der Gewerkschaften untergraben
- die Ausnahme der Sozial- und Pflegeleistungen von der europäischen Binnenmarktregelung (so auch von der neuen Richtlinie über öffentliche Auftragsvergabe), die es den Staaten erlaubt. Im Bereich Gesundheit und Sozialschutz Verträge vorzuschreiben, die einzig, und allein auf finanziellen und wirtschaftlichen Kriterien beruhen.
- Respekt, Wahrung und Verbesserung von Kollektivverträgen, Status, Rechten und Errungenschaften aller Arbeitnehmer in den Bereichen Sozialschutz und Pflege. Ein Ende der Sparpolitik, die die Beschäftigten blockiert und zu Personalabbau führt.
- Minimale und transparente Normen, die Angriffe auf die Arbeit im Pflegesektor, insbesondere den Rückgriff auf Verträge, wie etwa „Null-Stunden“-Verträge, verhindern und die Mindestlöhne und -stunden im Pflegesektor, die gewerkschaftliche Anerkennung und ein gutes Pflegeniveau garantieren.
- die praktische Umsetzung einer Politik, die auf eine aktive Förderung von Beschäftigung und Investition in die Sozialschutz- und Gesundheitssysteme ausgerichtet ist. Diese Politik muss ausreichend Ressourcen garantieren, um die Entwicklung und den Fortbestand hochwertiger Systeme, die im Bereich Gesundheit, Renten, Alter, Kinderbetreuung sowie Familienleistungen allen zugänglich sind, zu ermöglichen.
- einen angemessenen Mindestlohn, der den Arbeitnehmern ein Leben in Würde sichert und den Kompetenz- und Qualifikationsanforderungen entspricht.
- ein Ende des Sozialdumpings im Bereich der Sozialversicherung und Pflegeleistungen.
- Qualitativ hochwertige Sozial- und Gesundheitsdienste unter Einsatz der entsprechenden und ausreichend hohen Qualifikationen.

- Schutz und Reglementierung der gesamten, im Rahmen ambulanter Pflege erbrachten Arbeit gleichermaßen für einheimische wie für ausländische Arbeitnehmer. Die Garantie der Gleichheit von Rechten und Pflichten.
- die Berücksichtigung der Vorschläge, Forderungen und Erfordernisse der Gewerkschaften, der Nutzer der Dienstleistungen und der in dem Bereich kompetenten gemeinnützigen Organisationen im Hinblick auf Qualität und Zugänglichkeit von Diensten.
- die Wahrung der Demokratie und Souveränität der Nationalstaaten, bei der uneingeschränkten Ausübung freier Verhandlungen der Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen, ohne die Einschränkungen der von Europa auferlegten Sparvorgaben.
- Den Abbruch des Verhandlungen für die TTIP und im Gegenzug die Stärkung der Sozial- und Umweltnormen und der Sozialschutzbestimmungen, die die Basis unseres europäischen Modells darstellen.

eine Verbesserung der Leistung und Produktivität aus. Die einzelstaatlichen Kollektivverträge werden systematisch ohne Neuverhandlungen außer Kraft gesetzt, die lokalen Verträge (vor allem jene, die sich auf Arbeitszeit beziehen) werden aufgekündigt und die Gewerkschaftsrechte verletzt.

#### DIE NIEDERLANDE

In den Niederlanden üben die Sozialversicherung und Pflegedienstleister großen Druck auf Arbeitnehmer aus, damit diese immer mehr Profit abwerfen. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, härter zu arbeiten, sich oft umzuschulen und immer mehr Aufgaben zu übernehmen. Wenn das Personal das geforderte Leistungsniveau, allem voran die gewünschte Profitsteigerung, nicht erreicht, werden sie oft disziplinarischen Maßnahmen unterzogen oder sogar entlassen. Neben den Gewinnzielsetzungen wird die Qualität für die Leistungsempfänger nicht berücksichtigt.

Die Höhe der sozialen Leistungen und die Bezugsdauer stehen permanent unter Druck, was sich auch auf die Rentensysteme bezieht. Gleichzeitig geht der Zugang zur sozialen Sicherheit für Personen, die einen zeitlich befristeten Vertrag haben, und Arbeitnehmer, die für eine Agentur arbeiten, zurück. Die Gewerkschaften beklagen die zunehmende Verschlechterung des sozialen Dialogs im Sozialversicherungssektor im Verlauf der letzten Jahre.

\_\_\_\_\_ (name/organisation) unterstützt diese Position.

\_\_\_\_\_ (datum)

\_\_\_\_\_ Unterschrift